

Süddeutsche Zeitung

NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

WWW.SÜDDEUTSCHE.DE

HF2

MÜNCHEN, MITTWOCH, 4. FEBRUAR 2015

71. JAHRGANG / 6. WOCHE / NR. 28 / 2,40 EURO

Das Streiflicht

(SZ) Als Jesus seine Jünger aufrief, in alle Welt zu gehen, die Völker zu unterrichten und zu bekehren, tat er das ohne nähere Ausführungsbestimmungen, und die Jünger verstanden es auch in dem Sinn, dass die Wahl der Mittel bei ihnen liege. Hätten die Apostel Autos besessen, wäre sicher der eine oder andere unter ihnen schon damals auf die Idee gekommen, sie mit Slogans wie „Gerade du brauchst Jesus“ oder „Jesus ist my airbag“ zu bekleben und so nach Kappadokien, Phrygien oder Pamphylien zu brettern. Sie hatten aber keine Autos. Dafür hat Wena Parry eines, und zwar einen Vauxhall Zafira. Die 75-jährige Pastorin der Independent Congregational Church von Wales sieht sich in ihrem Dienst nicht auf Kirche und Messe beschränkt, weswegen sie den Wagen mit allerlei frommen Aufklebern verzierte. Ihre Hoffnung, damit die Menschen anzusprechen, erfüllte sich, wenn auch auf unerwartete und unangenehme Art. Ihre Versicherung ließ sie wissen, dass die Sprüche eine Veränderung des Autos darstellten und somit der Versicherungsschutz nicht mehr gewährleistet sei.

Ohne an der Originalität des britischen Versicherungswesens zweifeln zu wollen, darf man doch annehmen, dass es dem kontinentalen ähnelt. So zum Beispiel dürften Schäden, die durch Kriegsereignisse oder Kernenergie bewirkt werden, auch in Wales nicht versichert werden, und wenn das Auto plötzlich als Milchtankwagen oder Gabelstapler verwendet wird, ist wahrscheinlich auch dort der Versicherungsschutz gefährdet. Vor diesem Hintergrund muss Wena Parrys Versicherung, der Age UK Car Insurance, unterstellt werden, dass sie Aufkleberwerbung nach Art von „Christ must be Saviour“ den genannten Risiken zurechnet. Das wiederum lässt zwei Schlüsse zu, die konträrer nicht sein könnten. Entweder nämlich ist die Age UK Car Insurance ein völlig gottloses Unternehmen, das im Dienste Satans steht und die Verbreitung der Frohbotschaft zu hintertreiben sucht. Oder aber wir haben hier eins der wenigen Unternehmen vor uns, die von der christlichen Lehre so durchdrungen sind, dass sie das Wort des Herrn ganz nah bei der Atombombe sehen und einem Auto, das es verkündet, die Kraft eines Gabelstaplers zutrauen. Dass in beiden Fällen die Police geändert werden muss, versteht sich.

Eine Kerngeschichte zur Mission findet sich im 14. Kapitel des Lukasevangeliums. Ein Mensch hat zu einem großen Gastmahl geladen, doch als es so weit ist, findet jeder der Gäste eine andere Ausrede, um nicht kommen zu müssen. Da wird der Hausherr stocksauer und befiehlt dem Knecht, auf die Straßen und an die Zäune zu gehen und alles zum Mahl zu holen, was nicht bei drei auf dem Baum ist, Bettler, Penner, Herumtreiber, Rowdies. Man muss sich das vorstellen: hier das gute Porzellan, und dann all diese Leute! Aus der Sicht einer Hausratsversicherung der reine Alptraum.



MARIS JANSONS, CHEFREDIGENT BR; FOTOS: ALESSANDRA SCHELENGER, IMAGO



Die Blamage

Die Politik hat entschieden – und München riskiert seinen Weltruhm als Metropole der Musik. Nach dem Aus für einen neuen Konzertsaal reagieren Musiker, Veranstalter und Bürger entsetzt

> Seite Drei und München

CDU: Pflege-TÜV ist ein Desaster

Untaugliche Benotung, enorme Bürokratie – der Unions-Gesundheitsexperte Jens Spahn hält die Bewertung deutscher Pflegeeinrichtungen für gescheitert. Sie gehöre abgeschafft

VON GUIDO BOHSEM

Berlin – Dem umstrittenen Pflege-TÜV droht das Aus. In einem Interview der Süddeutschen Zeitung plädierte der CDU-Gesundheitsexperte Jens Spahn dafür, das Notensystem für die Pflegeheime wieder abzuschaffen. Ergebnis und bürokratischer Aufwand passten nicht zusammen, sagte er. „So, wie das heute läuft, ist es einfach nur ein Desaster.“ Das System der Pflegegenoten habe „bei maximalem Aufwand und Ärger nichts, aber auch gar nichts gebracht“. Wenn etwas nach so vielen Jahren nicht funktioniere, „dann sollten wir es einfach einmal streichen“, sagte Spahn, der auch dem CDU-Präsidium angehört.

Der Pflege-TÜV wurde eingeführt, um Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen die Wahl eines Heims oder ambulanten

Pflegedienstes zu erleichtern. Durch ihn sollen sie die Qualität der Einrichtung beurteilen können. Dazu wird aus einer Überprüfung des Medizinischen Dienstes der Krankenkasse (MDK) eine Gesamtnote gebildet. Bei den Heimen kontrolliert der MDK etwa 60 verschiedene Punkte und bewertet sie in unterschiedlicher Gewichtung. Kritiker führen an, dass die Heime in diesem System zu leicht eine schlechte Bewertung bei der eigentlichen Pflege durch gutes Abschneiden beim Speiseplan oder den Freizeiteinrichtungen wettmachen könnten. Die damit verbundene Bürokratie binde zudem ein Übermaß an Kräften.

Spahn schließt sich nun diesem Urteil an. „Der enorme bürokratische Aufwand ist bei den Pflegekräften zu Recht verhasst“, sagte er. Sie müssten jeden Tag sehr viel an Dokumentation ausfüllen und nach-

weisen, um damit ein „unbrauchbares Non-sens-Ergebnis“ zu erreichen. So habe fast jede Einrichtung die Note eins, was Spahn für unrealistisch hält: „Es glaubt doch kein Mensch, dass die Heime in Deutschland alle gleich gut sind.“ Erst kürzlich habe in Bonn eine Einrichtung wegen eklatanter Mängel schließen müssen, die laut Pflege-TÜV die Note eins gehabt habe.

Die Schuld an dem Desaster Pflege-TÜV trägt nach Spahns Worten die sogenannte Selbstverwaltung im Bereich der Pflege. Die Verbände der Pflegeeinrichtungen und die Kassen hätten den Auftrag gehabt, sich auf ein Konzept zu verständigen, das beide Seiten akzeptieren könnten. Das sei nicht gelungen. Die Noten seien vielmehr ein klassisches Beispiel für das Versagen der Interessensgruppen, die im Gesundheitswesen mit der Umsetzung von politischen

Vorgaben beauftragt würden. Spahn schlug vor, künftig zwar auf die Pflegegenoten zu verzichten, die regelmäßige Überprüfung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) aber beizubehalten. „Der MDK kontrolliert die Heime ja weiterhin.“ Vielleicht müsse man dann einfach die Prüfungsberichte in verständlicher Form veröffentlichen.

Die erste Stufe der von der Koalition geplanten Pflegereform ist Anfang des Jahres in Kraft getreten. Spahns Parteifreund, Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe, arbeitet derzeit die zweite Stufe aus. Ziel ist es, Menschen mit geistigen Erkrankungen wie zum Beispiel Demenz künftig genauso zu behandeln wie Pflegebedürftige mit körperlichen Gebrechen. Die Reform soll noch in dieser Legislaturperiode in Kraft treten. > Wirtschaft

Neuer Hinweis zu Wiesn-Attentat

Zeugin: Schwerverletzter wurde von Rechtsradikalen besucht

München – Nur sechs Wochen nach der Wiederaufnahme der Ermittlungen zum Oktoberfestattentat im Jahr 1980 gibt es neue Hinweise auf mögliche Hintergründe des Anschlags. Ein ehemaliger Sprengstoffexperte des Bundeskriminalamtes, der die Explosion nachgestellt hatte, sagte dem Bayerischen Rundfunk, die Hände des vermeintlichen Einzeltäters Gundolf Köhler seien bei der Explosion atomisiert worden. 25 Meter vom Tatort entfernt war damals aber eine Hand gefunden worden, die Köhler zugeordnet worden war. Die Zweifel daran, dass diese Hand wirklich Köhler gehört, waren nie verstummt. Kritiker sehen darin einen Hinweis auf einen Mittäter. Nun hat sich eine Krankenschwester gemeldet, die damals im Oststadt-Krankenhaus in Hannover einen jungen Mann behandelt hat, dem die rechte Hand abgerissen worden war. Der Mann habe jedoch nichts über die Ursache seiner Verletzung berichten wollen. Er sei von offensichtlich rechtsradikalen Männern besucht worden. RABE > Seite 5

Athen gibt Forderung nach Schuldenschnitt auf

London – Im Streit über den Umgang mit den Staatsschulden ist Griechenland von seiner Forderung nach einem Schuldenschnitt abgerückt. Athen werde nicht mehr den Erlass seiner Ausstände fordern, sagte Finanzminister Yanis Varoufakis der Financial Times. Stattdessen brachte er ein Umschuldungsprogramm ins Gespräch. Varoufakis will an diesem Donnerstag Finanzminister Wolfgang Schäuble in Berlin treffen. sz > Seite 4 und Wirtschaft

IS tötet offenbar auch Geisel aus Jordanien

Tunis – Der von der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) gefangene jordanische Militärpilot Muas al-Kasasba ist vermutlich tot. Auf dschihadistischen Internetseiten wurden am Dienstag Bilder aus einem Video veröffentlicht. Sie zeigen, wie eine Person, die die Geisel sein soll, bei lebendigem Leib verbrannt wird. Ob die Bilder wirklich authentisch sind, war zunächst nicht klar. Al-Kasasba geriet in die Gewalt des IS, als er im Dezember in Syrien abstürzte. DPA

Ausreise in Kampfgebiete künftig unter Strafe

Berlin – Die Bundesregierung will die Ausreise von Islamisten aus Deutschland in Kampfgebiete wie Syrien oder den Irak eindämmen. In Zukunft soll bereits die Ausreise oder der bloße Versuch einer Ausreise in solche Gebiete unter Strafe gestellt werden – vorausgesetzt sie dient dem Ziel, terroristische Taten zu begehen oder vorzubereiten. Das geht aus einem Gesetzentwurf hervor, den das Kabinett an diesem Mittwoch beschließen will. sz > Seiten 4 und 5

Anklage im Fall Tuğçe

Offenbach – Zweieinhalb Monate nach der tödlichen Prügelattacke auf die Studentin Tuğçe Albayrak hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen den mutmaßlichen Schläger erhoben. Dem 18-Jährigen werde Körperverletzung mit Todesfolge vorgeworfen, teilte die Anklagebehörde am Dienstag in Offenbach mit. Der junge Mann soll die Lehramtsstudentin Mitte November vor einem Schnellrestaurant niedergeschlagen haben. DPA > Panorama

Dax ▲	Dow ▲	Euro ▲
Xetra Schluss	N.Y. 17 Uhr	17 Uhr
10891 Punkte	17540 Punkte	1,1471 US-\$
+ 0,58%	+ 1,02%	+ 0,0133

DAS WETTER

2° / -9°

Im Nordwesten sowie von Rheinland-Pfalz bis nach Nordbayern am Vormittag etwas Sonne. Sonst zunächst bewölkt oder neblig-trüb. Erst später lockert es örtlich auf. Gebietsweise kann es schneien. Minus fünf bis plus zwei Grad. > Seite 15

Die SZ gibt es als App für Tablet und Smartphone: sz.de/app

HEUTE

Thema des Tages
Das Prinzip Hartz: Wie weit geht die europäische Solidarität bei Sozialleistungen? 2

Meinung
Waffenlieferungen an die Ukraine wären falsch 4

Wissen
Killerviren in Berlin: Das Robert-Koch-Institut weiht sein erstes Hochsicherheitslabor ein 16

Wirtschaft
Warum Gewinnmaximierung für Drogerie-Chef Erich Harsch nicht alles ist 18

Sport
Ski-Olympiasieger Hermann Maier über seine Fähigkeit, Schwächen in Stärken zu verwandeln 27

Medien, TV-/ Radioprogramm 25, 26
Forum & Leserbrief 15
München · Bayern 31-32
Rätsel & Schach 9
Familienanzeigen 30

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0, Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt), 089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte), Abo-Service: Telefon 089/21 83-80 80, www.sz.de/abo
A, B, E, F, GR, I, NL, SLO, SK: € 3,00; Dkr. 23; E 3,00; kn 27; sfr. 4,80; czk 85; Ft 780



Ob eine Pflanze genug Wasser hat, Dünger braucht oder womöglich von Schädlingen befallen ist, all das kann man ihr ansehen. Nicht mit dem bloßen Auge. Aber mit Sensoren, wie sie Florian Seibel an eine Drohne montiert hat und diese über Felder schweben lässt.

Nun reist der 35-Jährige mit dem Gerät, an dem er seit drei Jahren tüfelt, nach Dubai – zur ersten Weltmeisterschaft für zivile Drohnen. Entwickler aus 57 Ländern werden ihre Ideen dort präsentieren: Drohnen, die Menschen auf hoher See retten oder Nebel von Flughäfen vertreiben, die Landminen aufspüren oder Krisengebiete kartografieren.

Doch bis Drohnen wirklich all das erledigen, was heute noch Paketboten oder die Politessen machen, muss sich noch einiges tun. Seibel und sein Start-up Quantum-Systems brauchen beispielsweise Geld für die Fertigung. Aber sie brauchen auch Kontakte zu den Herstellern von

Nicht ohne meine Drohne

Dubai lädt zur ersten WM für zivile Flugroboter

Düngemitteln oder Traktoren. Irgendwann einmal, das ist die Vision des Fünf-Mann-Unternehmens, speist die Drohne die über dem Acker gesammelten Daten in ein System, wo sie mit anderen Daten abgeglichen werden – und der Traktor kann dann auf den Zentimeter genau und im notwendigen Maß düngen. Oder er kann sich, wenn ein Sommerregen vorhergesagt ist, die Bewässerung sparen.

Die Weltmeisterschaft in Dubai soll Seibel, aber auch all den anderen Entwicklern beim Austausch helfen. Nicht nur untereinander. Sie sollen dort auch Kontakte knüpfen mit Technologiekonzernen wie Microsoft oder Samsung. Mit Investoren, die ihr Geld in Ideen stecken, denen die Zukunft gehört. Oder mit Vertretern

der Vereinigten Arabischen Emirate. Die dortige Regierung nämlich richtet die Weltmeisterschaft aus.

„Wir wollen zeigen, dass man Drohnen nicht nur in Kriegen, sondern auch zum Wohle der Menschheit einsetzen kann“, sagt Saif Al Aleli. Und dabei sei es eben sinnvoll, von klugen Menschen aus der ganzen Welt zu lernen. Deshalb spendiert die Regierung aus dem Staatshaushalt auch ein Preisgeld von einer Million Dollar für das klügste Konzept. Während mehr als 800 Bewerbungen auf dem Tisch von Saif Al Aleli gelandet sind, hat Dubai auch ein gesetzliches Regelwerk für den Drohnenflugverkehr erstellt, das in den nächsten Monaten umgesetzt werden soll. Die Europäische Union müht

sich noch, die Regelungen der einzelnen Länder aufeinander abzustimmen.

Das erschwert es auch für Florian Seibel. Um in Deutschland eine Zulassung für seine Drohne zu erhalten, müsste er viel Papierkram erledigen und hohe Gebühren zahlen. Sein Start-up hat sich auch um einen Gründerzuschuss in Deutschland beworben und wurde abgelehnt – mit dem Hinweis auf die unklare Rechtslage und den hierzulande mangelnden Bedarf für sein Gerät.

Die Vereinigten Arabischen Emirate wollen sich bis 2030 selbständig mit Obst und Gemüse versorgen. Vielleicht kommt Seibels Drohne also in der Liwa-Oase, dem schmalen grünen Streifen in dem Wüstenstaat, zum Einsatz. Oder anderswo. Ein paar Investoren sind allein dadurch, dass es sein Start-up ins Finale geschafft hat, auf ihn aufmerksam geworden. Zwei kommen aus China, einer aus dem Silicon Valley. VARINIA BERNAU

Weltgericht weist Klagen wegen Völkermordes ab

Haager Richter: Weder der Staat Serbien noch Kroatien wollten in ihrem Krieg von 1991 bis 1995 einen Genozid begehen

München – Zwanzig Jahre nach dem Ende des Krieges zwischen Kroatien und Serben kann nun der juristische Kampf zwischen den beiden Balkanstaaten abgeschlossen werden. Der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag, das höchste Gericht der Vereinten Nationen, wies am Dienstag Klagen wegen Völkermordes gegen Kroatien und Serbien zurück. Die beiden Länder hatten sich gegenseitig beschuldigt, während des Krieges von 1991 bis 1995 Völkermord am jeweils anderen Volk begangen zu haben. Die Richter befanden jetzt, beide Seiten hätten schwerste Verbrechen wie zum Beispiel Morde begangen. Serben hätten Kroatien aus bestimmten Landesteilen vertrieben und umgekehrt. Es sei ihnen dabei aber nicht darum gegangen, die andere Volksgruppe ganz oder in Teilen zu vernich-

ten. Daher hätten weder Serbien noch Kroatien gegen die Völkermord-Konvention der Vereinten Nationen verstoßen.

Durch das Urteil wird ein wichtiger Streitpunkt zwischen den beiden aus der früheren Republik Jugoslawien hervorgegangenen Staaten ausgeräumt. Der serbische Außenminister Iwica Dačić sprach schon vor der Urteilsverkündung von „einem der vielleicht wichtigsten Ereignisse für unsere bilateralen Beziehungen mit Kroatien“. Nun sollten beide Seiten aufhören, zu beweisen zu versuchen, wer der schlimmere Verbrecher sei. Kritik kam dagegen aus Kroatien. „Wir sind nicht zufrieden“, sagte Premier Zoran Milanović. Serbien müsse das Schicksal von Vermissten aufklären und geraubte staatliche Güter an Kroatien zurückgeben. Gerichtspräsi-

dent Peter Tomka appellierte an beide Länder: „Das Gericht ermutigt die Parteien zu weiterer Zusammenarbeit im Hinblick auf angemessene Entschädigung, was Frieden und Stabilität in der Region fördern kann.“

Die kriegerische Auseinandersetzung zwischen beiden Seiten hatte begonnen, nachdem sich Kroatien im Juni 1991 für unabhängig von Jugoslawien erklärt hatte. Daraufhin eroberten paramilitärische serbische Truppen und die jugoslawische Armee ungefähr ein Drittel des kroatischen Territoriums. 1995 eroberte die kroatische Armee einen Großteil von den Serben zurück. Im Zuge all dieser Auseinandersetzungen wurden Zehntausende Menschen ermordet oder vertrieben. Ungezählte Gebäude wurden beschädigt oder zerstört. Beide Seiten forderten daher neben einer

Verurteilung wegen Verstoßes gegen die Völkermord-Konvention auch Schadensersatz. Das Urteil des IGH ist abschließend und verbindlich.

Der Gerichtshof hatte bereits 2007 entschieden, Einheiten der bosnischen Serben hätten 1995 bei der Einnahme von Srebrenica einen Völkermord an bosnischen Muslimen verübt. Dies sei jedoch nicht auf Betreiben der Regierung in Belgrad geschehen. Allerdings habe es Belgrad versäumt, den Genozid zu verhindern. Der IGH ist für Streitigkeiten zwischen Staaten zuständig. Daneben richtet in Den Haag auch das internationale Jugoslawien-Tribunal, ein Strafgericht, das einzelnen Tätern den Prozess macht und die schlimmsten Verbrechen aus den Jugoslawien-Kriegen ahnden soll. STEFAN ULRICH > Seite 4